



Berufsordnung der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten

in der ab dem 16. Dezember 2022 geltenden Fassung

Inhaltsverzeichnis

Präambel

I. Grundsätze der Berufsausübung

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Berufliche Aufgaben
- § 3 Berufsbezeichnungen
- § 4 Allgemeine Pflichten

II. Regeln der Berufsausübung

- § 5 Rahmenbedingungen einer psychotherapeutischen Behandlung
- § 6 Aufklärungspflicht
- § 7 Verschwiegenheit und Schweigepflicht
- § 8 Abstinenz
- § 9 Spezielle Aspekte bei der Arbeit mit minderjährigen Patientinnen und Patienten
- § 10 Arbeit mit Patientinnen und Patienten unter Betreuung
- § 11 Dokumentation und Aufbewahrungspflicht
- § 12 Datenschutz
- § 13 Einsicht in die Behandlungsdokumentationen
- § 13a Auskunftsverlangen und Einflussnahme Dritter
- § 14 Berufliche Selbstdarstellung
- § 15 Werbung
- § 16 Kollegialität und Kooperation
- § 17 Interessenkonflikte
- § 18 Fortbildung
- § 19 Qualitätssicherung
- § 20 Honorierung und Abrechnung
- § 21 Haftpflichtversicherung

III. Spezielle Formen der psychotherapeutischen Berufsausübung

- § 22 Niederlassung
- § 23 Erreichbarkeit und Vertretung
- § 24 Delegation
- § 25 Bezeichnungen für Praxen und Gestaltung von Praxisinformationen
- § 26 Beschäftigung angestellter Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in einer Praxis oder einer Einrichtung der ambulanten Versorgung
- § 27 Beschäftigung von Assistentinnen und Assistenten und Auszubildenden
- § 28 Aufgabe der Praxis
- § 29 Zusammenschlüsse zur gemeinsamen Berufsausübung
- § 29a Ausübung des Berufs in einem Beschäftigungsverhältnis
- § 30 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten als Lehrende, Supervisorinnen und Supervisorinnen und Supervisoren bzw. Lehrtherapeutinnen und Lehrtherapeuten
- § 31 Bescheinigungen, Stellungnahmen und Gutachten
- § 32 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in der Forschung

IV. Schlussbestimmungen

- § 33 Pflichten gegenüber der Kammer
- § 34 Ahndung von Verstößen
- § 35 In-Kraft-Treten

Präambel

Die Berufsordnung für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, Psychologische Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten¹ formuliert für die Angehörigen der drei Heilberufe im Land Baden-Württemberg rechtlich verbindliche Standards und Leitlinien für ein ethisch angemessenes Verhalten im Sinne einer guten Praxis der Berufsausübung. Diese Berufsordnung sieht sich im Einklang mit berufsethischen Traditionen von akademischen Heilberufen auf nationaler und internationaler Ebene und bezieht sich auf die ethischen Wertentscheidungen, wie sie in den Grundrechten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland verankert sind.

Besonderes Ziel dieser Berufsordnung ist die Erhaltung und Förderung der Qualität der Berufsausübung, insbesondere die verantwortliche Gestaltung der Beziehung zu Patientinnen und Patienten sowie zu anderen Adressaten des beruflichen Handelns. Sie fördert den angemessenen Umgang mit Kolleginnen und Kollegen des eigenen Berufsstandes sowie mit den Angehörigen anderer Heil- und Gesundheitsberufe. Durch die Definition von Standards einer guten Praxis in den verschiedenen Tätigkeitsfeldern der Psychotherapie und den institutionellen und gesellschaftlichen Zusammenhängen, in denen die psychologische Heilkunde zur Anwendung kommt, dient sie der Förderung berufswürdigen Handelns und hilft bei der Verhinderung berufsunwürdigen Verhaltens.

Insbesondere dient sie dazu:

¹ In dieser Berufsordnung wird im Folgenden für die Angehörigen der drei Heilberufe übergreifend die Bezeichnung Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten im Sinne von § 2 Abs. 2 benutzt. Die Bezeichnung Patientin/Patient gilt sinngemäß auch für andere Nutzer der Dienstleistungen von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten.

- das Vertrauen zwischen Patientinnen und Patienten und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zu fördern,
- die Qualität der psychotherapeutischen Tätigkeit im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung sicher zu stellen und
- die Freiheit und das Ansehen des Berufs der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in der Gesellschaft zu wahren und zu befördern.

I. Grundsätze der Berufsausübung

§ 1

Geltungsbereich

Diese Berufsordnung gilt für alle Mitglieder der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg (Kammer). Sie regelt verbindlich deren berufsbezogenes Verhalten. Gesetzliche Bestimmungen bleiben hiervon unberührt. Die Sätze 1 bis 3 finden auf Berufsangehörige aus europäischen Staaten oder Vertragsstaaten gem. § 2a Abs. 1 HBKG entsprechend Anwendung, die im Geltungsbereich des HBKG im Rahmen des Dienstleistungsverkehrs nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften ihren Beruf vorübergehend und gelegentlich ausüben, ohne hier eine berufliche Niederlassung zu haben, solange sie in einem anderen europäischen Staat oder Vertragsstaat beruflich niedergelassen sind.

§ 2

Berufliche Aufgaben

- 1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten üben die psychologische Heilkunde mit dem Ziel aus, Krankheiten vorzubeugen und zu heilen, Gesundheit zu fördern und zu erhalten sowie Leiden zu lindern.
- 2) Sie betätigen sich insbesondere in der kurativen und palliativen Versorgung, in der Prävention und Rehabilitation, in der Aus-, Fort- und Weiterbildung, in Forschung und Lehre, im öffentlichen Gesundheitsdienst, in der Kinder- und Jugendhilfe und in anderen Feldern des Sozialwesens, in der Beratung, in der Leitung und dem Management von Gesundheits- und Versorgungseinrichtungen sowie deren wissenschaftlicher Evaluation und in der wissenschaftlichen Weiterentwicklung ihrer Konzepte und Methoden.
- 3) Der Beruf der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ist kein Gewerbe und seiner Natur nach ein freier Beruf.

§ 3

Berufsbezeichnungen

- 1) Zulässige Berufsbezeichnungen sind nach § 1 Absatz 1 i. V. m. § 26 PsychThG:
 - „Psychologische Psychotherapeutin“ oder „Psychologischer Psychotherapeut“,
 - „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin“ oder „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut“,
 - „Psychotherapeutin“ oder „Psychotherapeut“.

Die genannten Berufsbezeichnungen sind gesetzlich geschützt.

- 2) Als zusätzliche Bezeichnung kann der Berufsbezeichnung das wissenschaftliche Verfahren beigelegt werden, das Gegenstand der vertieften Ausbildung und der Prüfung nach der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten oder der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Psychologische Psychotherapeuten war oder gemäß § 12 PsychThG zur Approbation führte. Qualifikationen und Tätigkeitsschwerpunkte dürfen angegeben werden, sofern dies in angemessener Form erfolgt und nicht irreführend ist. Die Darstellungsform muss zwischen den nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften erworbenen Qualifikationen einerseits und sonstigen Qualifikationen und Tätigkeitsschwerpunkten andererseits unterscheiden. Die Voraussetzungen für derartige Angaben sind gegenüber der Landespsychotherapeutenkammer auf Verlangen nachzuweisen. Die Angabe eines Tätigkeitsschwerpunkts setzt eine nachhaltige Tätigkeit in diesem Bereich voraus und muss mit dem Zusatz „Tätigkeitsschwerpunkt“ erfolgen.
- 3) Sonstige Regelungen zur Führung von Gebiets- und Zusatzbezeichnungen bleiben einer gesonderten satzungsrechtlichen Regelung der Kammer vorbehalten.

§ 4 Allgemeine Pflichten

- 1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihnen entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen.
- 2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wahren die Würde und anerkennen das Selbstbestimmungsrecht ihrer Patientinnen und Patienten.
- 3) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten erkennen keine Grundsätze an und beachten keine Vorschriften oder Anweisungen, die mit ihrer Aufgabe nicht vereinbar sind und die sie nicht verantworten können.
- 4) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben sich bei der Ausübung ihres Berufes am Stand der Wissenschaft und der Lehre zu orientieren. Bei ihrem methodischen Vorgehen reflektieren sie die Wechselwirkung zwischen der eigenen Person und den persönlichen Gegebenheiten der Patientin oder des Patienten sowie ihrer bzw. seiner Umwelt.
- 5) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, unangemessene Versprechungen oder Entmutigungen in Bezug auf den Behandlungserfolg zu unterlassen.
- 6) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, sich über die für die Berufsausübung geltenden Vorschriften unterrichtet zu halten.

II. Regeln der Berufsausübung

§ 5 Rahmenbedingungen einer psychotherapeutischen Behandlung

- 1) Die Vereinbarung über den Beginn einer Psychotherapie setzt eine differentialdiagnostische Abklärung voraus unter Einbeziehung anamnestischer Erhebungen. Dabei sind vorliegende Befundberichte zu berücksichtigen. Die Indikationsstellung und

die Erstellung des therapeutischen Gesamtbehandlungsplanes haben unter Berücksichtigung der Behandlungsziele und der psychotherapeutischen Notwendigkeit des geplanten Vorgehens zu erfolgen.

- 2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen keine Behandlung beginnen und müssen eine begonnene umgehend beenden, wenn sie feststellen, dass sie für diese Aufgabe mangels ausreichender Kenntnisse und Erfahrungen nicht befähigt sind.
- 3) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, eine kontraindizierte Behandlung auch dann zu unterlassen, wenn sie von der Patientin oder dem Patienten gewünscht wird.
- 4) Die Übernahme einer zeitlich parallelen oder nachfolgenden Behandlung von Ehegatten, Partnern, Familienmitgliedern oder Verwandten einer Patientin oder eines Patienten, ist mit besonderer Sorgfalt zu prüfen.
- 5) Der Abschluss einer therapeutischen Beziehung zu einer Patientin oder zu einem Patienten erfolgt in der Regel im beiderseitigen Einvernehmen. Sollten Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten gegen den Willen einer Patientin oder eines Patienten eine Behandlung nicht weiterführen können oder wollen, sind sie gehalten, die Patientin oder den Patienten bei der Suche nach Behandlungsalternativen zu unterstützen.
- 6) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten führen psychotherapeutische Behandlungen im persönlichen Kontakt durch. Anteilig können Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten psychotherapeutische Behandlungen über elektronische Kommunikationsmedien unter Beachtung der Vorschriften der Berufsordnung, insbesondere der Sorgfaltspflichten und nachfolgender Grundsätze durchführen:
 - Diagnostik, Indikationsstellung, Aufklärung und Einwilligung erfordern die Anwesenheit der Patientin oder des Patienten,
 - die Patientin oder der Patient muss über die Besonderheiten der Behandlung über elektronische Kommunikationsmedien aufgeklärt werden und einwilligen,
 - die Überwachung des Behandlungsprozesses erfordert persönliche Kontakte, deren Intervalle und Dauer von der Psychotherapeutin oder dem Psychotherapeuten fachlich zu gestalten und zu verantworten sind,
 - die eingesetzten Kommunikationsmittel müssen den gesetzlichen und datenschutzrechtlichen Bestimmungen entsprechen.

Die Mitwirkung von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten an Modellprojekten, insbesondere zu Forschungszwecken, in denen psychotherapeutische Behandlungen ausschließlich über Kommunikationsnetze durchgeführt werden, bedarf der Genehmigung durch die Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg. Die Modellprojekte sind zu evaluieren.

§ 6 Aufklärungspflicht

- 1) Jede psychotherapeutische Behandlung bedarf der Einwilligung und setzt eine mündliche Aufklärung durch die Psychotherapeutin oder den Psychotherapeuten oder durch eine andere Person voraus, die über die zur Durchführung der jeweiligen Maßnahme notwendige Ausbildung verfügt. Anderslautende gesetzliche Bestimmungen bleiben davon unberührt. Die Aufklärung hat vor Beginn einer Behandlung in einer auf die Befindlichkeit und Aufnahmefähigkeit der Patientin oder des Patienten abgestimmten Form und so rechtzeitig zu erfolgen, dass die Patientin oder der Patient die Entscheidung über die Einwilligung wohlüberlegt treffen kann. Treten diesbezügliche Änderungen im

Behandlungsverlauf auf oder sind erhebliche Änderungen psychotherapeutischen Vorgehens erforderlich, ist die Patientin oder der Patient entsprechend aufzuklären.

- 2) Bestandteil der Aufklärungspflicht ist eine sachgerechte Information über Behandlungsalternativen.
- 3) In Institutionen arbeitende Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten informieren ihre Patientinnen und Patienten in angemessener Form außerdem über die spezifischen institutionellen Rahmenbedingungen und Zuständigkeiten sowie die Funktionen der an ihrer Behandlung beteiligten Personen. Gleiches gilt, falls Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten im Auftrag dritter Personen oder Institutionen tätig werden.
- 4) Die Aufklärung der Patientin oder des Patienten umfasst auch die Vermittlung der Rahmenbedingungen der psychotherapeutischen Arbeitsbeziehung, insbesondere Honorarregelungen, Sitzungsdauer und -frequenz und die voraussichtliche Dauer der Behandlung. Vereinbarungen über angemessene Ausfallhonorare müssen schriftlich erfolgen.

§ 7

Verschwiegenheit und Schweigepflicht

- 1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, über das, was ihnen im Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit von Seiten der Patientin oder des Patienten anvertraut und ihnen in diesem Zusammenhang über Dritte bekannt geworden ist – auch über den Tod ihrer Patientinnen und Patienten hinaus – Schweigen zu bewahren. Die Verschwiegenheit erstreckt sich auch auf mündliche und schriftliche Mitteilungen sowie auf sonstige Untersuchungsbefunde.
- 2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind zur Offenbarung befugt, soweit sie von der Schweigepflicht entbunden worden sind oder soweit die Offenbarung zum Schutze eines höherwertigen Rechtsguts erforderlich ist. Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben bei der Wahrung der Schweigepflicht gesetzliche Aussage- und Anzeigepflichten zu beachten. Soweit gesetzliche Vorschriften die Schweigepflicht einschränken, sollen die Patientinnen und Patienten, wenn dieser Fall eintritt, darüber unterrichtet werden.
- 3) Im Falle krankheitsbedingter Suizidalität hat die Psychotherapeutin oder der Psychotherapeut eine Güterabwägung vorzunehmen, ob zusätzlich zur Behandlung durch weitere Interventionen Schaden für das Leben der Patientin oder des Patienten abgewendet werden kann. Ist Gefahr für das Leben der Patientin oder des Patienten im Verzug, ist die Durchbrechung der Schweigeverpflichtung gerechtfertigt.
- 4) Erhalten Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten von ihrer Patientin oder ihrem Patienten Hinweise auf eine von ihr oder ihm ausgehende tatsächliche Gefährdung von Leben und Gesundheit Dritter, haben sie sorgfältig abzuwägen, durch welche Maßnahmen diese Gefährdung abgewendet werden kann. Kann die Gefährdung durch direkte Einwirkung auf die Patientin oder den Patienten nicht zuverlässig abgewendet werden, ist eine Offenbarung gegenüber dem gefährdeten Dritten oder ggf. der zuständigen Behörde zulässig.
- 5) Die Schweigepflicht gilt auch zwischen Schweigepflichtigen untereinander. Im Rahmen kollegialer Beratung, Intervision, Supervision oder der Weitergabe von Informationen an Angehörige anderer Heilberufe ist eine Entbindung von der Schweigepflicht durch die Patientin oder den Patienten erforderlich. Im Falle von nicht einwilligungsfähigen

Patientinnen oder Patienten ist auch die Einwilligung der gesetzlichen Vertreter erforderlich.

- 6) Die Beachtung der Schweigepflicht gilt nicht nur für Psychotherapeutinnen oder Psychotherapeuten, sondern auch für ihre Mitarbeiter und für Personen, die zur Vorbereitung auf den Beruf bei ihrer psychotherapeutischen Arbeit beteiligt sind. Sie sind schriftlich über die Schweigepflicht aufzuklären und haben eine entsprechende Verpflichtungserklärung zu unterzeichnen.
- 7) Zum Zweck der wissenschaftlichen Forschung und Lehre dürfen personenbezogene Daten von Patientinnen und Patienten und Dritten nur mit deren schriftlicher Einwilligung verwendet werden.
- 8) Aufzeichnungen von Therapiesitzungen in Form von Ton- oder Bildaufnahmen durch die behandelnde Psychotherapeutin oder den behandelnden Psychotherapeuten sind nur mit vorherigem schriftlichem Einverständnis der Patientin oder des Patienten und bei einwilligungsunfähigen Patientinnen oder Patienten seitens der gesetzlichen Vertreter zulässig. Ihre Verwendung außerhalb der Behandlungssituation setzt eine schriftliche Schweigepflichtentbindung voraus. Dabei ist die Patientin oder der Patient auch über das Recht zu informieren, eine Löschung zu verlangen.
- 9) Die Übermittlung von Patientendaten an Verrechnungsstellen ist nur zulässig, wenn die Patientinnen und Patienten schriftlich zugestimmt haben.
- 10) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind berechtigt, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften aus der Therapie zu berichten oder ihre Dokumentation offen zu legen, soweit diese Offenbarung der Verfolgung ihrer Rechtsansprüche oder der Verteidigung in eigener Sache dient und für diese erforderlich ist.

§ 8 Abstinenz

- 1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, die Arbeitsbeziehungen zu ihren Patientinnen und Patienten und deren Partnern und Angehörigen professionell zum Wohl ihrer Patientinnen und Patienten unter dem Aspekt der psychotherapeutischen Erfordernisse zu gestalten. Sie berücksichtigen dabei ihre besondere Verantwortung und ihren besonderen Einfluss gegenüber den sich ihnen anvertrauenden Patientinnen und Patienten und ihrem persönlichen Umfeld.
- 2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen die aus der psychotherapeutischen Arbeit erwachsende Vertrauensbeziehung zur Patientin oder zum Patienten und zu ihrem bzw. seinem persönlichen Umfeld nicht zur Befriedigung eigener Bedürfnisse oder wirtschaftlicher Interessen ausnutzen. Das Annehmen von Geschenken ist nur zulässig, solange diese den Charakter von kleinen Aufmerksamkeiten behalten.
- 3) Jegliche sexuellen Kontakte zwischen Psychotherapeutinnen oder Psychotherapeuten und Patientinnen oder Patienten sind unzulässig.
- 4) Die Verpflichtungen zur Abstinenz nach den Absätzen 2 und 3 gelten auch für die Zeit nach Beendigung der Therapie solange noch eine Behandlungsnotwendigkeit oder eine Abhängigkeitsbeziehung der Patientin oder des Patienten zur Psychotherapeutin oder zum Psychotherapeuten gegeben ist. Innerhalb eines Jahres nach Abschluss der Behandlung ist das Fortbestehen einer Abhängigkeitsbeziehung unwiderleglich zu vermuten.

- 5) Die Verpflichtung zur abstinenter Haltung nach den Absätzen 2 bis 4 erstrecken sich auch auf die Personen, die einer Patientin oder einem Patienten nahestehen, bei Kindern und Jugendlichen insbesondere auf deren Eltern und Sorgeberechtigte.
- 6) Die Verantwortung für berufsethisch einwandfreies Verhalten trägt die behandelnde Psychotherapeutin oder der behandelnde Psychotherapeut.

§ 9

Spezielle Aspekte bei der Arbeit mit minderjährigen Patientinnen und Patienten

- 1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben das informationelle Selbstbestimmungsrecht minderjähriger Patientinnen und Patienten unter Berücksichtigung ihrer entwicklungsbedingten Fähigkeiten zu wahren. Bei Konflikten zwischen Patientinnen bzw. Patienten und ihren gesetzlichen Vertretern sowie bei Konflikten der gesetzlichen Vertreter untereinander sind Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten vorrangig dem Wohl ihrer Patientinnen bzw. Patienten verpflichtet.
- 2) Jede Behandlung setzt die Einwilligung der Patientin oder des Patienten nach erfolgter Aufklärung voraus. Minderjährige Patientinnen und Patienten können grundsätzlich in eine Behandlung einwilligen, wenn sie über die erforderliche behandlungsbezogene Einsichtsfähigkeit verfügen. Verfügt die Patientin oder der Patient nicht über diese Einsichtsfähigkeit, sind Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten verpflichtet, die Einwilligung der Sorgeberechtigten einzuholen.
- 3) Die erste Sitzung kann ein Sorgeberechtigter eines nicht einwilligungsfähigen minderjährigen Kindes allein veranlassen, wenn sich diese auf das Gespräch mit dem Sorgeberechtigten bezieht, das Kind nicht anwesend ist und keine Diagnostik oder Indikationsstellung erfolgen. Weitere Sitzungen setzen dann die Einwilligung aller Sorgeberechtigten voraus.
- 3a) Die Durchführung einer Psychotherapie ist nur möglich, wenn das Einverständnis beider Sorgeberechtigter vorliegt. Können sich die Sorgeberechtigten nicht einigen, ist die Durchführung einer Behandlung mit noch nicht einwilligungsfähigen Patientinnen und Patienten von einer gerichtlichen Entscheidung abhängig. Gesetzlich versicherte Patientinnen und Patienten, die das 15. Lebensjahr vollendet haben, können eine Psychotherapie ohne Kenntnis ihrer Eltern beantragen, wenn sie über die erforderliche Einsichtsfähigkeit verfügen; § 36 SGB I bleibt unberührt.
- 4) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind schweigepflichtig sowohl gegenüber den einsichtsfähigen Patientinnen und Patienten als auch gegebenenfalls gegenüber den am therapeutischen Prozess teilnehmenden Bezugspersonen hinsichtlich der von den jeweiligen Personen der Psychotherapeutin oder dem Psychotherapeuten anvertrauten Mitteilungen. Soweit Minderjährige über die Einsichtsfähigkeit verfügen, bedarf eine Einsichtnahme durch Sorgeberechtigte in die sie betreffende Patientenakte der Einwilligung der Minderjährigen. Es gelten die Ausnahmen entsprechend den Regelungen nach § 7.
- 5) Davon unberührt bleibt die Verpflichtung der Psychotherapeutin oder des Psychotherapeuten, die Eltern oder Sorgeberechtigten in angemessener Weise über den Fortgang der Behandlung zu unterrichten und sie in den Therapieprozess einzubeziehen, wenn dies für die Behandlung förderlich ist.

§ 10

Arbeit mit Patientinnen und Patienten unter Betreuung

Die Bestimmungen des § 9 gelten sinngemäß auch für die Arbeit mit diesem Personenkreis.

§ 11

Dokumentation und Aufbewahrungspflicht

- 1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, zum Zwecke der Dokumentation in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit der Behandlung oder Beratung eine Patientenakte in Papierform oder elektronisch zu führen. Berichtigungen und Änderungen von Eintragungen in der Patientenakte sind nur zulässig, wenn neben dem ursprünglichen Inhalt erkennbar bleibt, wann sie vorgenommen wurden. Dies ist auch für elektronisch geführte Patientenakten sicherzustellen.
- 2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, in der Patientenakte sämtliche aus fachlicher Sicht für die derzeitige und künftige Behandlung wesentlichen Maßnahmen und deren Ergebnisse aufzuzeichnen, insbesondere die Anamnese, Diagnosen, Untersuchungen, Untersuchungsergebnisse, Befunde, Therapien und ihre Wirkungen, Interventionen und ihre Wirkungen, Einwilligungen und Aufklärungen. Arztbriefe sind in die Patientenakte aufzunehmen.
- 3) Die Patientenakte nach Absatz 1 ist zehn Jahre nach Abschluss der Behandlung aufzubewahren, soweit sich nicht aus gesetzlichen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsdauer ergibt.
- 4) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben dafür Sorge zu tragen, dass für den Fall eigener Berufsunfähigkeit, der Praxisübergabe gem. § 28 oder ihres Todes ihre Aufzeichnungen in gehörige Obhut gelangen. Bei der Entsorgung nicht mehr aufbewahrungspflichtiger Aufzeichnungen und Unterlagen (Satz 1) finden die §§ 7, 12 entsprechende Anwendung.

§ 12

Datenschutz

Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, die für sie geltenden Bestimmungen des Datenschutzes zu beachten. Insbesondere haben sie, wenn sie unter Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen personenbezogene Daten erheben, verarbeiten und nutzen, die Sicherungs- und Schutzmaßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um ein unzulässiges Erheben, Speichern, Verändern, Übermitteln, Sperren und Löschen der Daten zu verhindern. § 7 bleibt unberührt.

§ 13

Einsicht in die Behandlungsdokumentationen

- 1) Patientinnen und Patienten ist auch nach Abschluss der Behandlung auf ihr Verlangen hin unverzüglich Einsicht in die sie betreffende Patientenakte zu gewähren, die nach § 11 Absatz (1) und (2) zu erstellen ist. Auch persönliche Eindrücke und subjektive Wahrnehmungen der Psychotherapeutin oder des Psychotherapeuten, die gemäß § 11 in der Patientenakte dokumentiert worden sind, unterliegen grundsätzlich dem Einsichtsrecht. Auf Verlangen der Patientin oder des Patienten haben Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ihr oder ihm Kopien und elektronische

Abschriften aus der Dokumentation zu überlassen. Die Psychotherapeutin oder der Psychotherapeut kann die Erstattung der entstandenen Kosten fordern.

- 2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten können die Einsicht ganz oder teilweise verweigern, wenn der Einsichtnahme erhebliche therapeutische Gründe oder sonstige erhebliche Rechte Dritter entgegenstehen.
- 3) Nehmen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ausnahmsweise einzelne Aufzeichnungen von der Einsichtnahme aus, weil diese Einblicke in ihre Persönlichkeit geben und deren Offenlegung ihr Persönlichkeitsrecht berührt, stellt dies keinen Verstoß gegen die Berufsordnung dar, wenn und soweit in diesem Fall das Interesse der Psychotherapeutin oder des Psychotherapeuten am Schutz ihres bzw. seines Persönlichkeitsrechts in der Abwägung dem Interesse der Patientin oder des Patienten an der Einsichtnahme überwiegt. Eine Einsichtsverweigerung gemäß Satz 1 ist gegenüber der Patientin oder dem Patienten zu begründen. Die Landespsychotherapeutenkammer kann zur Überprüfung der Voraussetzungen nach Satz 1 die Offenlegung der Aufzeichnungen ihr gegenüber verlangen.
- 4) Im Fall des Todes von Patientinnen oder Patienten stehen die Rechte aus Abs. 1 zur Wahrnehmung der vermögensrechtlichen Interessen ihren Erben zu. Gleiches gilt für die nächsten Angehörigen von Patientinnen und Patienten, soweit sie immaterielle Interessen geltend machen. Die Rechte sind ausgeschlossen, soweit einer Einsichtnahme der ausdrückliche oder mutmaßliche Wille der Patientin oder des Patienten entgegensteht.

§ 13a

Auskunftsverlangen und Einflussnahme Dritter

- 1) Die Beantwortung von Auskunftsverlangen von dritter Seite über die Person oder die Behandlung der Patientin oder des Patienten darf nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Patientin oder des Patienten, im Falle von einwilligungsunfähigen Patientinnen und Patienten mit Zustimmung der gesetzlichen Vertretung erfolgen, es sei denn, dass gesetzliche Bestimmungen dem entgegenstehen.
- 2) Zum Schutz der psychotherapeutischen Beziehung unterrichten Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ihre Patientinnen und Patienten vom Versuch der Einflussnahme Dritter.

§ 14

Berufliche Selbstdarstellung

- 1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind gehalten, bei ihrem öffentlichen Auftreten alles zu unterlassen, was geeignet ist, das Ansehen ihres Berufsstandes herabzusetzen. Treten sie in der Öffentlichkeit als Fachleute auf, müssen ihre fachlichen Äußerungen zurückhaltend, sachlich informierend und wissenschaftlich fundiert sein. Insbesondere geben sie keine personenbezogenen Diagnosen oder Prognosen in der Öffentlichkeit ab.
- 2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten können durch sachgerechte und angemessene Angaben über ihre berufliche Praxis informieren. Insbesondere können sie informieren über
 - nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften erworbene Qualifikationen,
 - tatsächlich gegebene Schwerpunkte ihrer beruflichen Praxis,
 - organisatorische Hinweise.

- 3) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben der Kammer auf deren Verlangen die zur Prüfung der Voraussetzungen der Angaben erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Die Kammer ist befugt, ergänzende Auskünfte zu verlangen.
- 4) Andere Qualifikationen und Schwerpunkte der beruflichen Praxis dürfen nur angekündigt werden, wenn diese Angaben nicht mit öffentlich-rechtlich erworbenen Qualifikationen verwechselt werden können. Die Angaben sind nur zulässig, wenn Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten die angekündigten Tätigkeiten nicht nur gelegentlich ausüben.

§ 15 Werbung

- 1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, berufswidrige Werbung zu unterlassen, insbesondere anpreisende, irreführende oder vergleichende Werbung. Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen eine solche Werbung durch andere weder veranlassen noch dulden. Bei der beruflichen Selbstdarstellung sind sowohl irreführende Heilungsversprechen als auch unlautere Vergleiche mit anderen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und deren Methoden unzulässig.
- 2) Die Ausübung von Psychotherapie gemäß dem Psychotherapeutengesetz (PsychThG) muss in der Außendarstellung von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten klar von weiteren beruflichen Tätigkeiten bzw. Angeboten abgegrenzt werden.
- 3) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen sich in Verzeichnisse eintragen lassen, wenn diese allen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, welche die Kriterien des Verzeichnisses erfüllen, zu denselben Bedingungen mit einem kostenfreien Grundeintrag offenstehen. Die Eintragungen müssen sich auf die ankündigungsfähigen Informationen beschränken.

§ 16 Kollegialität und Kooperation

- 1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben anderen Berufsangehörigen kollegial und mit Respekt zu begegnen. Die Verpflichtung von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in einem Gutachten, auch soweit es die Behandlungsweise von anderen Kolleginnen und Kollegen betrifft, nach bestem Wissen ihre fachliche Überzeugung auszusprechen, bleibt unberührt. Unsachliche Kritik an der Behandlungsweise oder dem beruflichen Wissen von Kolleginnen und Kollegen sowie herabsetzende Äußerungen über deren Person sind zu unterlassen.
- 2) Kolleginnen und Kollegen sind untereinander und gegenüber Angehörigen anderer Heilberufe unter Beachtung der §§ 7 und 13 zur Auskunft berechtigt und verpflichtet.
- 3) Es ist berufsunwürdig, Kolleginnen und Kollegen aus einer Behandlungstätigkeit oder als Mitbewerberin oder Mitbewerber um eine berufliche Tätigkeit durch unlautere Handlungen zu verdrängen. Dies gilt analog auch gegenüber Angehörigen anderer Heilberufe.
- 4) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen einander in kollegialer Weise auf Vorschriften der Berufsordnung aufmerksam machen. Sie verletzen ihre Pflicht zur

Kollegialität auch dann nicht, wenn sie bei Vorliegen eines begründeten Verdachts die Kammer auf den möglichen Verstoß einer Kollegin oder eines Kollegen gegen die Berufsordnung hinweisen.

- 5) Konflikte zwischen Kammermitgliedern sowie zwischen Kammermitgliedern und Patientinnen und Patienten können im gegenseitigen Einvernehmen außergerichtlich geklärt werden.
- 6) Die allgemeinen Grundsätze und die Regeln zur Berufsausübung beziehen sich sinngemäß auch auf Ausbildungsverhältnisse, in deren Rahmen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten für auszubildende Kolleginnen und Kollegen Verantwortung übernehmen.
- 7) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben mit Vertreterinnen und Vertretern anderer Berufsgruppen respektvoll zu kooperieren. Bei kritischen Stellungnahmen bleiben sie sachlich.
- 8) Bei der Zusammenarbeit mit Angehörigen anderer Berufsgruppen sind die jeweiligen Tätigkeits- und Verantwortungsbereiche klar erkennbar voneinander abzugrenzen. Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben Personen, die sie in Zusammenhang mit ihrer Berufsausübung beschäftigen, angemessene Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.

§ 17

Interessenkonflikte

- 1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen sich für die Zuweisung von Patientinnen und Patienten weder Zahlungen von Entgelt versprechen lassen noch selbst versprechen. Die Annahme oder Zahlung von Entgelt für Zuweisungen von Patientinnen und Patienten ist unzulässig.
- 2) Die Kammer schützt die freie Berufsausübung ihrer Mitglieder. Eine Beteiligung von Kammermitgliedern an privatrechtlichen Organisationen, die missbräuchlich die eigenverantwortliche Berufsausübung einschränken, Überweisungen an Leistungserbringer außerhalb der Organisation ausschließen oder in anderer Weise die Beachtung der Berufspflichten der Kammermitglieder beschränken, ist unzulässig.
- 3) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, die in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis tätig sind und gleichzeitig einer erlaubten psychotherapeutischen Nebentätigkeit nachgehen, sind im Falle der weiteren Behandlungsbedürftigkeit von Patientinnen und Patienten, denen sie im Rahmen ihres Arbeits- oder Dienstverhältnisses begegnen, verpflichtet, diese an Kolleginnen und Kollegen oder geeignete Einrichtungen zur Anschlussbehandlung zu überweisen. Wenn die Patientin bzw. der Patient auf alternative Behandlungsmöglichkeiten hingewiesen wurde und nicht bereit ist, diese in Anspruch zu nehmen, ist die Fortführung einer Behandlung in eigener Praxis zur Aufrechterhaltung der Kontinuität der Behandlung zulässig. Eine Ausnahme von der Überweisungsverpflichtung besteht auch dann, wenn in angemessener Zeit kein anderer geeigneter Behandlungsplatz zur Verfügung steht. Gesetzliche Bestimmungen und Pflichten aus dem Arbeitsvertrag bleiben davon unberührt.

§ 18 Fortbildung

Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, die ihren Beruf ausüben, sind verpflichtet, entsprechend der Fortbildungsordnung der Landespsychotherapeutenkammer ihre beruflichen Fähigkeiten zu erhalten und weiterzuentwickeln. Sie müssen Ihre Fortbildungsnachweise auf Verlangen der Kammer vorlegen.

§ 19 Qualitätssicherung

- 1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind verpflichtet, nach qualitätsgesicherten Maßstäben zu arbeiten.
- 2) Dazu zählen Mindestanforderungen an die räumliche Ausstattung der Praxis, die Einhaltung der erforderlichen Behandlungszeiten, eine sachgerechte Dokumentation und die Überprüfung des Behandlungsergebnisses.
- 3) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben in erforderlichem Umfang weitergehende Maßnahmen im Sinne eines Qualitätsmanagements zu ergreifen und regelmäßig auf ihre Konformität mit qualitätssichernden Vorgaben zu prüfen.

§ 20 Honorierung und Abrechnung

- 1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben Anspruch auf eine angemessene Honorierung ihrer Leistungen. Das Honorar ist nach der Gebührenordnung für Psychotherapeuten (GOP) zu bemessen, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist.
- 2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen die Sätze nach der GOP nicht in unlauterer Weise unterschreiten oder sittenwidrig überhöhte Honorarvereinbarungen treffen.
- 3) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten können Kolleginnen und Kollegen, deren Angehörigen sowie mittellosen Patientinnen und Patienten das Honorar ganz oder teilweise erlassen.
- 4) Honorarfragen sind vor Beginn der Psychotherapie zu klären.
- 5) Die Angemessenheit der Honorarforderung hat die Psychotherapeutin oder der Psychotherapeut auf Anfrage gegenüber der Landespsychotherapeutenkammer zu begründen.
- 6) Abrechnungen sind sorgfältig vorzunehmen, haben der Klarheit und Wahrheit zu entsprechen und den Behandlungsverlauf korrekt wiederzugeben.

§ 21 Haftpflichtversicherung

- 1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, sich ausreichend gegen Haftpflichtansprüche, die sich aus ihrer beruflichen Tätigkeit ergeben können, zu

versichern, soweit sie nicht in vergleichbarem Umfang im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses gegen Haftpflichtansprüche abgesichert oder nach den Grundsätzen der Amtshaftung von der Haftung freigestellt sind.

- 2) Für Partnerschaftsgesellschaften mit beschränkter Haftung beträgt die erforderliche Mindestsumme zur Absicherung von Personen-, Sach- und Vermögensschäden fünf Millionen Euro je Versicherungsfall. § 31 Abs. 3 S. 3 und 4 HBKG bleibt unberührt.
- 3) Die Kammermitglieder haben der Kammer auf Verlangen unverzüglich das Bestehen einer ausreichenden Berufshaftpflichtversicherung nachzuweisen.

III. Spezielle Formen der psychotherapeutischen Berufsausübung

§ 22

Niederlassung

- 1) Die selbständige Ausübung ambulanter psychotherapeutischer Tätigkeit ist an die Niederlassung in einer Praxis (Praxissitz) gebunden, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen, insbesondere § 30a HBKG, etwas anderes zulassen. Die Durchführung therapeutischer Maßnahmen kann bei gegebener Indikation auch außerhalb von Praxisräumen stattfinden.
- 2) Räumlichkeiten und Ausstattung der psychotherapeutischen Praxis müssen den besonderen Anforderungen der psychotherapeutischen Berufsausübung genügen. Räumlichkeiten, in denen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ihren Beruf ausüben, sind von ihrem privaten Lebensbereich getrennt zu halten.
- 3) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ist es gestattet, über den Praxissitz hinaus an bis zu zwei weiteren Orten psychotherapeutisch tätig zu sein. Sie haben dabei Vorkehrungen für eine ordnungsgemäße Versorgung ihrer Patientinnen und Patienten an jedem Ort ihrer Tätigkeit zu treffen.
- 4) Ort und Zeitpunkt der Aufnahme der Tätigkeiten am Praxissitz sowie die Aufnahme weiterer Tätigkeiten und jede Veränderung haben Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten der Kammer unverzüglich mitzuteilen.

§ 23

Erreichbarkeit und Vertretung

- 1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten müssen ihre Präsenz und Erreichbarkeit in angemessener Form regeln; sonstige rechtliche Bestimmungen bleiben davon unberührt.
- 2) Anfragen von Patientinnen und Patienten, die sich in laufender Behandlung befinden, müssen zeitnah, in Notfällen ohne schuldhaftes Zögern beantwortet werden, sofern dem nicht besondere Gründe entgegenstehen. Bei Verhinderung der Psychotherapeutin oder des Psychotherapeuten sind der Patientin bzw. dem Patienten alternative Kontaktmöglichkeiten mitzuteilen.
- 3) Bei längeren Abwesenheiten von der Praxis ist die Praxisinhaberin oder der Praxisinhaber verpflichtet, für eine geeignete Vertretung Sorge zu tragen. Im Falle der

Krise einer Patientin oder eines Patienten ist jede bzw. jeder Berufsangehörige zur Übernahme einer Vertretung berechtigt und verpflichtet. Bei der Vertretung ist darauf zu achten, dass sich in diesem Zusammenhang keine systematische Fortführung der Behandlung ergibt, die über eine erforderliche Krisenintervention oder eine Haltgebende psychotherapeutische Stützung hinausgeht, es sei denn, dies ist im Einvernehmen mit der Patientin oder dem Patienten und der Praxisinhaberin oder dem Praxisinhaber vereinbart worden.

- 4) Die Beschäftigung einer Vertretung in der Praxis ist der Kammer anzuzeigen, wenn die Vertretung in der Praxisausübung insgesamt länger als drei Monate innerhalb eines Zeitraumes von 12 Monaten andauert.

§ 24 Delegation

- 1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten können die Durchführung von diagnostischen Teilaufgaben sowie im Rahmen eines psychotherapeutischen Gesamtbehandlungsplans standardisierte psychotherapeutische Teilaufgaben sowie behandlungsergänzende Maßnahmen an Dritte delegieren, sofern diese über eine dafür geeignete Qualifikation verfügen.
- 2) Die Gesamtverantwortung für die delegierten Maßnahmen verbleibt bei der delegierenden Psychotherapeutin bzw. dem delegierenden Psychotherapeuten.
- 3) Im Falle der Delegation von Maßnahmen sind Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zur fortlaufenden Supervision der delegierten Leistungserbringung verpflichtet.

§ 25 Bezeichnungen für Praxen und Gestaltung von Praxisinformationen

- 1) Die Bezeichnung einer Praxis muss die für eine Inanspruchnahme durch Patientinnen und Patienten zulässigen und geeigneten Informationen enthalten.
- 2) Andere Bezeichnungen als „Psychotherapeutische Praxis“ bedürfen der Genehmigung durch die Kammer, soweit sie nicht gesetzlich vorgesehen sind.
- 3) Praxisschilder sind hinsichtlich Größe und Gestaltung in zweckmäßiger Weise zu gestalten und müssen geeignet sein, der Öffentlichkeit die Praxis anzuzeigen. Sie enthalten Hinweise auf die Präsenz und Erreichbarkeit der Praxisinhaberin oder des Praxisinhabers und ggf. auf die Rechtsform.
- 4) Briefköpfe, Stempel, Anzeigen und Einträge in Verzeichnisse aller Art (Telefon- und Adressbücher, Internet) sind sachlich zu gestalten.

§ 26 Beschäftigung angestellter Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in einer Praxis oder einer Einrichtung der ambulanten Versorgung

- 1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten müssen ihre Praxis persönlich ausüben. Die Beschäftigung von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzt die Leitung der Praxis durch eine niedergelassene Psychotherapeutin oder einen niedergelassenen Psychotherapeuten voraus. Wird eine

Versorgungseinrichtung durch einen Angehörigen eines anderen akademischen Heilberufs geleitet, hat das Kammermitglied den Anstellungsvertrag der Kammer vorzulegen. Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben die Beschäftigung psychotherapeutischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kammer anzuzeigen.

- 2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen nur zu angemessenen Bedingungen beschäftigt werden. Angemessen sind insbesondere Bedingungen, die den angestellten Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten eine angemessene Vergütung gewähren sowie angemessene Zeit zur Fortbildung einräumen und bei der Vereinbarung von Wettbewerbsverboten eine angemessene Ausgleichszahlung vorsehen.
- 3) Über die in der Praxis tätigen angestellten Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten müssen die Patientinnen und Patienten in geeigneter Weise informiert werden.

§ 27

Beschäftigung von Assistentinnen und Assistenten und Auszubildenden

- 1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, Kolleginnen und Kollegen in Fort- und Weiterbildung, die sie in ihrer Praxis beschäftigen, angemessene Arbeitsbedingungen zu bieten sowie sie für die Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen freizustellen.
- 2) Entsprechendes gilt für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, die Kolleginnen und Kollegen in Ausbildung im Rahmen der praktischen Tätigkeit und/oder der praktischen Ausbildung als Ausbildungsassistentinnen und –assistenten in ihrer Praxis beschäftigen.
- 3) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben Kolleginnen und Kollegen sowie Ausbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmern, die in Assistenz bei ihnen arbeiten und sich in Aus- Fort- bzw. Weiterbildung befinden, entsprechend dem Stand ihrer jeweiligen Ausbildung zu unterrichten.
- 4) Falls Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten Angehörige anderer Berufsgruppen in ihrer Praxis beschäftigen, sind sie verpflichtet, ihnen angemessene Arbeitsbedingungen zu bieten. Die Verantwortung von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und die der Angehörigen anderer Berufsgruppen müssen klar erkennbar voneinander getrennt bleiben.

§ 28

Aufgabe der Praxis

- 1) Praxisinhaberinnen und Praxisinhaber haben dafür Sorge zu tragen, dass bei Beendigung ihrer Tätigkeit wegen Erkrankung, im Todesfall, bei der Auflösung oder der Veräußerung der Praxis die Regeln des Datenschutzes gem. § 12 eingehalten werden und die Kammer davon unverzüglich in Kenntnis gesetzt wird.
- 2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten können ihre Patientenunterlagen bei Aufgabe oder Übergabe der Praxis grundsätzlich nur mit schriftlicher Einwilligungserklärung der betroffenen Patientinnen und Patienten an die Praxismachfolgerin oder den Praxismachfolger übergeben. Soweit eine Einwilligung der Patientin oder des Patienten nach entsprechenden Bemühungen nicht zu erlangen ist,

hat die bisherige Praxisinhaberin oder der bisherige Praxisinhaber die Unterlagen gemäß § 11 Absatz 3 aufzubewahren.

- 3) Ist eine Aufbewahrung bei der bisherigen Praxisinhaberin oder dem bisherigen Praxisinhaber nicht möglich, ist die Übergabe an die Praxisnachfolgerin oder den Praxisnachfolger nur zulässig, wenn sie bzw. er die Unterlagen getrennt von eigenen Unterlagen unter Verschluss hält. Die Unterlagen dürfen nur mit Einwilligung der Patientinnen und Patienten eingesehen und weitergegeben werden.
- 4) Der sachliche und ideelle Verkaufswert einer Praxis darf nicht sittenwidrig überhöht festgelegt werden.

§ 29

Zusammenschlüsse zur gemeinsamen Berufsausübung

- 1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen zur Ausübung ihres Berufes in allen gesetzlich zulässigen Formen mit anderen Angehörigen des Berufsstandes oder Angehörigen anderer Berufsgruppen, die in Gesundheits- oder Beratungsberufen tätig sind, kooperieren, sofern insbesondere die Eigenverantwortlichkeit und Selbständigkeit der Berufsausübung, die Einhaltung der berufsrechtlichen Bestimmungen der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, die Pflicht zur Dokumentation, das Verbot der berufswidrigen Werbung, die Regeln zur Erstellung einer Honorarforderung und die freie Wahl der Psychotherapeutin oder des Psychotherapeuten durch Patientinnen und Patienten gewährleistet bleibt. Unter Beachtung des § 30a Abs. 2 HBKG und der Vorschriften der Berufsordnung dürfen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten die heilberufliche Tätigkeit auch für eine juristische Person des Privatrechts ausüben.
- 2) Bei Zusammenschlüssen muss sichergestellt werden, dass im Rechtsverkehr und bei öffentlichen Ankündigungen die Namen aller Partner und deren Berufsbezeichnungen angegeben werden und die rechtliche Form des Zusammenschlusses kenntlich gemacht wird; bei Zusammenschlüssen von mehr als fünf Partnern sind mindestens fünf mit dem Zusatz „und weitere Partner“ anzukündigen.
- 3) Zusammenschlüsse nach Absatz 1 sowie deren Änderung und Beendigung sind der Kammer einschließlich der dazu erforderlichen vertraglichen Vereinbarungen mitzuteilen. Im Falle der heilberuflichen Tätigkeit für eine juristische Person des Privatrechts ist der Kammer auf Verlangen unverzüglich nachzuweisen, dass die in § 30a Abs.2 HBKG geregelten Voraussetzungen vorliegen. Die Kammer ist auskunftsberechtigt. Sind für die beteiligten Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten mehrere Psychotherapeutenkammern zuständig, so ist jede Psychotherapeutin und jeder Psychotherapeut verpflichtet, die für ihn zuständige Kammer auf alle am Zusammenschluss beteiligten Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten hinzuweisen.

§ 29a

Ausübung des Berufs in einem Beschäftigungsverhältnis

- 1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in einem privaten oder öffentlich-rechtlichen Beschäftigungsverhältnis dürfen nur Weisungen befolgen, die mit dieser Berufsordnung vereinbar sind und deren Befolgung sie selbst verantworten können (Wahrung fachlicher Unabhängigkeit und Eigenverantwortlichkeit).

- 2) Sie müssen in Bezug auf fachliche Angelegenheiten ihrer Berufsausübung Weisungen von Vorgesetzten nur dann befolgen, wenn diese über vergleichbare psychotherapeutische Qualifikationen verfügen wie die Psychotherapeutin oder der Psychotherapeut.
- 3) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten als Dienstvorgesetzte dürfen keine Weisungen erteilen, die mit der Berufsordnung unvereinbar sind. Sie haben bei der Gestaltung beruflicher Rahmenbedingungen darauf hinzuwirken, dass diese dem weisungsgebundenen Berufskolleginnen und -kollegen die Einhaltung ihrer Berufspflichten ermöglichen.
- 4) Üben Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ihren Beruf in einem Beschäftigungsverhältnis und zugleich selbständig in einer Praxis aus, haben sie Interessenkonflikte, die sich hieraus ergeben können, unter vorrangiger Berücksichtigung des Patientenwohls zu lösen.

§ 30

Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten als Lehrende, Supervisorinnen und Supervisoren bzw. Lehrtherapeutinnen und Lehrtherapeuten

- 1) In der Ausbildung tätige Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, die Integrität der Ausbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer zu achten. Sie dürfen keine Abhängigkeiten zur Befriedigung eigener Bedürfnisse, Interessen oder zur Erzielung persönlicher Vorteile ausnutzen. Dieses gilt auch für in der universitären Ausbildung befindliche Praktikantinnen und Praktikanten.
- 2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen bei Ausbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmern, die bei ihnen in Selbsterfahrung, Lehranalyse oder Lehrtherapie sind oder waren, keine Prüfungen abnehmen.
- 3) Vor Abschluss eines Ausbildungsvertrags müssen sämtliche Ausbildungsbedingungen offengelegt werden. Ausbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer sind von ausbildenden Kammermitgliedern darüber zu unterrichten, dass die Ausbilderinnen und Ausbilder dieser Berufsordnung unterliegen.
- 4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für die Tätigkeit von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in der Fort- und Weiterbildung.

§ 31

Bescheinigungen, Stellungnahmen und Gutachten

- 1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sollen sich nur als Gutachterin oder Gutachter betätigen, soweit ihre Fachkenntnisse und ihre berufliche Erfahrung ausreichen, um die zu beurteilende Fragestellung qualifiziert beantworten zu können. Sie sind verpflichtet, sich fortlaufend über die für Gutachten maßgeblichen wissenschaftlichen Standards zu informieren und ihre Gutachten entsprechend zu erstatten. Sie haben die Qualität ihrer Arbeit durch die Beteiligung an dafür geeigneten Qualitätssicherungsmaßnahmen zu sichern.
- 2) Bei der Erstellung psychotherapeutischer Gutachten und Stellungnahmen sowie bei der Ausstellung von Bescheinigungen haben Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten mit der notwendigen Sorgfalt und im Rahmen der fachlichen Standards nach bestem Wissen zu verfahren.

- 3) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben vor Übernahme eines Gutachtauftrags ihre gutachterliche Rolle zu verdeutlichen und von einer psychotherapeutischen Behandlungstätigkeit klar abzugrenzen. Ein Auftrag zur Begutachtung eigener Patientinnen und Patienten im Rahmen eines Gerichtsverfahrens ist in der Regel abzulehnen.
- 4) Eine Stellungnahme im Rahmen eines Gerichtsverfahrens ist dann möglich, wenn die Patientin oder der Patient auf die Risiken einer möglichen Aussage der Psychotherapeutin bzw. des Psychotherapeuten in geeigneter Weise hingewiesen wurde und wenn er bzw. sie die Psychotherapeutin oder den Psychotherapeuten diesbezüglich von der Schweigepflicht entbunden hat.
- 5) Gesetzliche Aussage- und Gutachterpflichten bleiben unberührt.

§ 32

Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in der Forschung

- 1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben bei der Planung und Durchführung von Studien die anerkannten ethischen Prinzipien einzuhalten und dabei insbesondere das Selbstbestimmungsrecht der Patientinnen, Patienten und Probanden zu beachten.
- 2) Bei einer Beteiligung an Forschungsvorhaben, die sie nicht selbst verantworten, haben Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in besonderer Weise darauf zu achten, dass die von ihnen eingebrachten Daten nicht missbräuchlich verwendet werden.
- 3) Patientinnen und Patienten, die an Forschungsvorhaben beteiligt werden sollen, sind vor ihrer Teilnahmeerklärung sorgfältig und umfassend über Inhalt und Rahmenbedingungen der Studie, Auftraggeber und Geldgeber sowie über daraus entstehende mögliche Belastungen und Risiken aufzuklären. Diese Information und die Zustimmung zur Teilnahme an der Studie müssen vor Beginn schriftlich niedergelegt sein. Bei der Durchführung ist das Wohl der beteiligten Patientinnen und Patienten zu beachten. Sind Patientinnen und Patienten nach Beendigung des Forschungsvorhabens weiter behandlungsbedürftig, ist dafür Sorge zu tragen, dass geeignete Therapieplätze zur Weiterbehandlung zur Verfügung stehen oder vermittelt werden können.
- 4) Bei der öffentlichen Darstellung von Forschungsergebnissen sind die Beziehungen der Psychotherapeutin oder des Psychotherapeuten zum Auftraggeber und Geldgeber und dessen Interessen offen zu legen.

IV. Schlussbestimmungen

§ 33

Pflichten gegenüber der Kammer

- 1) Die Mitglieder der Kammer sind dieser gegenüber zur Erfüllung aller Aufgaben verpflichtet, die sich aus Gesetzen, Rechtsverordnungen, Satzungen, Verträgen und Richtlinien ergeben.
- 2) In Aufsichts- und Beschwerdesachen haben Kammermitglieder dem Vorstand der Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg oder einem beauftragten Mitglied des Vorstandes Auskunft zu geben sowie auf Verlangen ihre Praxisdokumentation

vorzulegen, aus der ihre Tätigkeit hervorgeht. Werden Kammermitglieder geladen, sind sie verpflichtet, vor dem Vorstand oder dem beauftragten Mitglied zu erscheinen. Das gilt nicht, wenn und soweit das Kammermitglied dadurch die Verpflichtung zur Verschwiegenheit verletzen oder sich durch wahrheitsgemäße Beantwortung oder Vorlage der Behandlungsdokumentation in die Gefahr begeben würde, wegen einer Straftat, einer Ordnungswidrigkeit oder einer Berufspflichtverletzung verfolgt zu werden und sich hierauf beruft. Das Kammermitglied ist auf das Recht zur Auskunftsverweigerung hinzuweisen.

§ 34 Ahndung von Verstößen

- 1) Vorsätzliche oder fahrlässige Verstöße gegen die Bestimmungen dieser Berufsordnung können berufsrechtliche Verfahren nach dem Heilberufe-Kammergesetz (HBKG) nach sich ziehen.
- 2) Ein außerhalb des Berufs liegendes Verhalten eines Kammermitglieds, das eine mit Strafe oder Geldbuße bedrohte Handlung darstellt, ist eine berufsgerichtlich zu ahndende Pflichtverletzung, wenn es nach den Umständen des Einzelfalles in besonderem Maße geeignet ist, Achtung und Vertrauen der Patientinnen und Patienten oder sonstiger Adressaten der psychotherapeutischen Leistungserbringung in einer für die psychotherapeutische Berufsausübung bedeutsamen Weise zu beeinträchtigen.

§ 35 In-Kraft-Treten

(gegenstandslos, betraf die ursprüngliche Fassung)